

1. Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Maja Bodenmann vom 8. Mai 2019 "Bericht betreffend einer Demografie-Strategie im Kanton Thurgau" (16/AN 15/370)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort hat zuerst die Antragstellerin.

Diskussion

Bodenmann, CVP/EVP: Wie der "Thurgauer Zeitung" zu entnehmen war, bin ich mit der Beantwortung des Regierungsrates nicht unzufrieden. Weshalb ich an meinem Antrag festhalte, erläutere ich nun gerne, und ich hoffe natürlich, auch die Skeptiker mit meinen gewichtigen Argumenten überzeugen zu können. Wie der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, werde der demografische Wandel in seinen Richtlinien 2020 - 2024 als eine zentrale Herausforderung genannt. Zur Bewältigung steht dem Regierungsrat umfangreiches Datenmaterial der Dienststelle für Statistik zur Verfügung. Der Regierungsrat ist mit mir einig, dass für eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel detaillierte Analysen und Prognosen nötig sind. Im Anschluss an die alle fünf Jahre vorliegenden nationalen Bevölkerungsszenarien beabsichtigt der Regierungsrat, kantonale kleinräumige Bevölkerungsszenarien auszuarbeiten. Die Veröffentlichung der Ergebnisse des laufenden kleinräumigen Bevölkerungsszenariums ist für Mitte 2021 vorgesehen. So weit, so gut. Es ist wichtig, sich innerhalb der Kantonsverwaltung prospektiv mit den demografischen Herausforderungen auseinander zu setzen. Auch darin ist der Regierungsrat mit mir einig. Er ist der Ansicht, dass dies schon heute geschehe, was ich auf keinen Fall bezweifeln möchte. Nur, in welchem Ausmass findet die Auseinandersetzung auch in der Zusammenarbeit zwischen den Departementen und Ämtern statt? Denn der Regierungsrat gesteht, dass der Umgang mit bereichsübergreifenden Auswirkungen noch Potenzial berge und die Entwicklung in der departements- und ämterübergreifenden Zusammenarbeit stattfinden müsse. Der Kanton Schaffhausen hat seit zwei Jahren einen Bericht "Demografiestrategie Kanton Schaffhausen" und damit vier strategische Stossrichtungen im Hinblick auf den demografischen Wandel identifiziert: 1. einen bedarfsgerechten Arbeitskräftepool erhalten, 2. Lebensqualität und Autonomie im Alter mit wohnortnahen Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen sowie differenzierten Wohnformen unterstützen, 3. die Siedlungs- und Verkehrsentwicklung auf demografische Entwicklungen und Bedürfnisse abstimmen sowie 4. das Bildungswesen auf eine zunehmend heterogene Bevölkerung ausrichten. Innerhalb dieser Schwerpunkte formuliert der Bericht insgesamt 28 Massnahmen. Es ist uns allen bestimmt klar, dass diese Hand-

lungsfelder, aber vor allem auch die Massnahmen nicht eins zu eins auf unseren Kanton übertragen werden können. Im Bericht der Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen vom 16. Juni 2018 ist weiter zu lesen, dass der Regierungsrat klar der Meinung ist, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen, sondern deutlich intensiviert werden müssen, weil eine frühzeitige Reaktion auf die demografische Entwicklung für die Zukunftsfähigkeit des Kantons zentral sei. Es scheint mir sehr wichtig, dass wir vorausschauend wirken, längerfristig und nachhaltig planen, und zwar mit einer ganzheitlich vernetzten Anschauung. Eine intensivere Bündelung und vertieftere Auswertung der Daten sowie eine weitere Sensibilisierung und Vernetzung der Herausforderungen und Aufgaben der Departemente und Ämter könnte meiner Meinung nach zu vermehrtem Nutzen von Synergien führen. Ich bin mir sicher, dass die aus einem allfälligen Bericht konkret resultierenden Massnahmen ein sehr gutes Werkzeug für den Regierungsrat und den Grossen Rat wären, um die Zukunft unseres Kantons mit ihren demografischen Entwicklungen gemeinsam erfolgreich zu meistern. Meines Erachtens könnten ausserdem die durch die Erstellung eines Berichts entstehenden Kosten durch zukunftsorientiertes Handeln später eingespart werden. Durch eine lenkende Einflussnahme, wie optimale Voraussetzungen und Grundlagen schaffen, können wir rechtzeitig Verantwortung übernehmen. Eben: agieren statt reagieren. Ich hoffe sehr, dass der Grosse Rat meinen Antrag unterstützt und damit heute die Chance für die Zukunftsgestaltung unseres Kantons nutzt.

Wüst, EDU: Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die umfangreiche Beantwortung des Antrages. Die Kenntnisse über die Demografie beziehungsweise die Bevölkerungswissenschaft werden immer wichtiger. Wir sehen dies gleich wie die Antragstellerin. Das erklärt auch der Regierungsrat, der im vielschichtigen Datendschungel das Thema der Demografie im Auge behalten will. Der Bund erstellt durch das Bundesamt für Statistik alle fünf Jahre eine demografische Prognose für die Schweiz und die Kantone. Die Zahlen werden schon heute auf die Regionen im Kanton heruntergebrochen und mit eigenen Daten ergänzt. Der Regierungsrat hat zugesagt, dass er sich dem wichtigen Thema vermehrt widmen will. Dass die Demografie-Daten in der Verwaltung für die Personalplanung eingesetzt werden, erstaunt nicht. Das ist völlig normal. Wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für ihre sehr gute Arbeit. Machen Sie weiter so. Die EDU-Fraktion ist einstimmig für Nichterheblicherklärung des Antrages.

Ammann, GLP: Wir bedanken uns bei der Antragstellerin für den Vorstoss und beim Regierungsrat für die kurze Beantwortung. Analog sehen auch wir keine Notwendigkeit für die Erstellung eines Berichtes. Die Empfehlung des Regierungsrates, auf einen weiteren Bericht zu verzichten, ist gut begründet. Die entsprechende Dienststelle für Statistik bricht die alle fünf Jahre neu erhobenen nationalen Daten auf die kleinräumigere Struktur unseres Kantons herunter. Die detaillierten kantonalen Daten sind jeweils ein Jahr später erhältlich. Somit braucht es keinen weiteren Bericht. Wir sind gut aufgestellt. Dennoch

sind wir froh über den Antrag, da er aufzeigen kann, was aus Sicht der GLP notwendig ist: kein Bericht über die Demografie-Strategie, sondern konsequent weitere Schritte im Bereich einer kantonalen und kommunalen Digitalisierungs-Strategie. Für die Datenanalyse sind in Zukunft weniger statische Berichte, als vielmehr die Verknüpfung erfasster Datenbestände gefragt. Das erlaubt eine kosteneffiziente Synergienutzung und dynamische rasche Interpretationen jeglicher Entwicklungen. Idealerweise schliessen sich mehr Gemeinden über kurz oder lang zwecks einer Synergienutzung einem solchen Projekt an. Eine schweizweite oder kantonale Digitalisierungsplattform ist keine Utopie, sondern eine notwendige Mission. Hier gibt es aber noch viel "Umsetzungsluft" nach oben. Die Digitalisierung ist ein grünliberales Kernanliegen. Die GLP fordert denn auch unter dem Titel "Erfolgsprojekt 17" auf nationaler Ebene eine schweizweite IT- und Datenstrategie. Der Kanton Thurgau kann hier mit privaten oder im Verbund geschaffenen Initiativen, wie "Smarter Thurgau" oder "DigiCampus", die eigene Digitalisierung auch als Standortvorteil vorantreiben. Es ist das Ziel, bereits erhobene Daten miteinander zu verbinden und zu vernetzen, sprich die kantonale Datenbasis von zentral relevanten Datensätzen so zur Verfügung zu stellen, damit Analysen für kantonale Ämter, kommunale Gebilde, aber auch für die eigenen Daten ermöglicht werden, und diese dem jeweiligen Bürger oder Unternehmen sowie der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Wir wissen, dass genügend Daten vorhanden, aber nicht vernetzt, dadurch teuer und bei Mehrfacherfassung fehleranfällig sind. Ein toller und sinnvoller "Service Public" versucht, dies zu vermeiden. Die Daten könnten für eigene Zwecke von den Behörden genutzt, anonymisiert und datenschutzkonform Dritten überlassen werden. Die Interpretation und Analyse der Daten muss dann nicht mehr von qualitativ guten, aufwendigen, aber auch rasch veralteten Verwaltungsberichten, wie den mit dem Antrag verlangten Bericht, abhängen, sondern sie dürfte ganz neue Berufsfelder, wie beispielsweise "Big Data Analysten", hervorbringen. Der Staat muss nicht alles machen, die Plattform und den Datenschutz aber gewährleisten. Wir tun gut daran, dabei die Datenhoheit der eigenen Datensätze beim Bürger sicherzustellen und auch dafür zu sorgen, dass der digitale Transformationsprozess in den Verwaltungsprozessen voranschreitet. Die GLP will die Chancen der Digitalisierung gerade auch in der Verwaltung stärker nutzen. Unsere Fraktion lehnt den Antrag unter Berücksichtigung der Beantwortung des Regierungsrates einstimmig ab. Wir würden uns aber freuen, in wenigen Jahren laufend aktualisierte dynamische Demografie-Strategien für kleinräumige Strukturen selbst interpretieren zu können.

Dätwyler Weber, SP: Ich spreche im Namen der SP-Fraktion. Ich gebe dem Regierungsrat recht, wenn er in seiner Stellungnahme schreibt, dass wir bezüglich Demografie über genügend Zahlen, Fakten und Prognoseberechnungen verfügten. Die Daten sind gut zugänglich, verständlich aufbereitet und für jedermann sichtbar. Wichtig ist jedoch, was wir mit den vielen Daten machen. Wie bereiten wir sie auf und nutzen sie proaktiv für die Entwicklung unseres Kantons? Ich unterstütze das Anliegen der Antragstellerin,

dass wir abgestimmte Handlungsfelder für die kantonale Verwaltung und auch für die Gemeinden definieren, planen und umsetzen sollten. Nur mit viel Koordination und gegenseitigem Unterstützen werden wir der demografischen Entwicklung nicht unbedarft entgegentreten, sondern gezielt und gewollt reagieren können. Hilfreich wäre es, wenn es konkretere Angaben gäbe, wie die einzelnen Ämter, beispielsweise mit welchen Schwerpunkten, auf die Szenarien reagieren wollen, wie genau die ämterübergreifende Zusammenarbeit angegangen werden soll und welche verbindlichen Handlungsfelder sich für die nahe Zukunft abzeichnen. Der Kanton darf ruhig die bereits definierten konkreten Massnahmen kommunizieren und sagen, wie er dem demografischen Wandel begegnen will. Weitere Massnahmen sind aber sicherlich erforderlich. Ein neues Altersbild, geprägt von einer Ressourcensicht, Lebendigkeit und einer generationenverbindenden Verantwortlichkeit, sollte dabei ein zentraler Punkt sein. Dieses Bild muss auch zu den Gemeinden transferiert werden, im Wissen darum, dass die Gemeindegarbeit hier ein zentraler Punkt sein wird. Wir haben bereits deutlich mehr ältere Menschen und weniger 20- bis 39-Jährige. Das heisst, dass der Anteil der Personen im Erwerbsalter ab-, die Belastung dieser Personen aber immer mehr zunimmt. Alterung betrifft alle Bezirke. Deshalb unterstützt die grosse Mehrheit der SP-Fraktion den Antrag.

Bühler, CVP/EVP: Es ist hochinteressant, der bisherigen Diskussion über den Antrag meiner Fraktionskollegin Maja Bodenmann zuzuhören. Ich vertrete, man kann es unschwer erkennen, die CVP/EVP-Fraktion. Wir unterstützen den Antrag einstimmig. Die ehemalige britische Premierministerin Margreth Thatcher sagte einmal: "Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, wenden Sie sich an einen Mann. Wenn Sie etwas getan haben wollen, wenden Sie sich an eine Frau." In diesem Fall an Kantonsrätin Maja Bodenmann. Der Regierungsrat schreibt in "3. Fazit" in seiner Beantwortung: "Aus diesen Ausführungen wird ersichtlich, dass dem Antrag betreffend Analyse und Prognose bereits weitestgehend Rechnung getragen wird." 2021 werden aufgrund des Regierungsratsbeschlusses vom 2. Juni 2020 Ergebnisse vorliegen. Wie wir wissen, ist der Auftrag bereits an die zuständige Dienststelle für Statistik erfolgt. Das ist doch fantastisch: eine Auftragsvergabe an die Verwaltung, bevor der Grosse Rat einen Antrag durchwinkt. Dieses Tempo nenne ich "weltmeisterlich". Ratskollegin Maja Bodenmann rennt offene Türen ein. So soll es sein. Weshalb ist der Regierungsrat aber derart defensiv? Weshalb sieht er keine Notwendigkeit, die bereits erteilten Aufträge in einen Bericht zu fassen, welcher nicht nur der Verwaltung, sondern auch dem Grossen Rat zugutekommt? Wer sagt, dass es ein statischer Bericht sein muss? Weshalb soll kein Bericht verlangt werden, der dynamisch aufgebaut ist und dauernd ergänzt werden kann? Die GLP-Fraktion findet unseren Antrag eigentlich gut, aber sie unterstützt ihn nicht, was ich in der Logik nicht ganz nachvollziehen kann. Es wird ein Bericht verlangt, der dank eines Antrages noch etwas tiefer analysieren kann, noch breiter abgefasst und in verschiedenen Bereichen vertieft wird. Er kann uns alle informieren sowie die gesamte Thematik und nicht

nur einen einfachen Verwaltungsauftrag umsetzen, sondern effektiv "publik" gehen. Er gewinnt damit mit sehr geringen Zusatz- und Administrativkosten, da die Auftragsvergabe bereits erfolgt ist, an Breite. Mit einem solchen Bericht können wir dynamisch abgefasste zukünftige Entscheide, Vorstösse oder politische Initiativen aus einem Blickwinkel der demografischen Veränderungen auf das Tapet bringen. Das müsste es uns allen doch wert sein oder etwa nicht? Ich möchte dem Regierungsrat nicht nur für seine Beantwortung danken, sondern auch für die bereits erteilte Auftragsvergabe. Ich möchte die Mitglieder des Grossen Rates aber auch auffordern, nicht kleinlich auf einen breiten Bericht zur Situation der Demografie im Thurgau zu verzichten. Wenn ohnehin daran gearbeitet wird, ist es umso relevanter, die Synergien dieser Arbeit gleich doppelt zu nutzen, und zwar für uns als notwendiges Informationsinstrument und für die Verwaltung als Ansatzpunkt für zukünftige Planungen und Verbesserungen. Ich danke allen für die Unterstützung des Antrages.

Salvisberg, SVP: Ich spreche als Vertreter der grossen Mehrheit der SVP-Fraktion. Wir bedanken uns beim Regierungsrat für die sehr präzise Beantwortung der Fragen und die Hinweise zum Antrag. Die demografische Entwicklung berührt und verändert grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Eine frühzeitige Reaktion auf die demografische Entwicklung ist somit ein zentrales Element, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Prosperität im Kanton Thurgau auch in Zukunft zu gewährleisten. Nach Meinung der SVP-Fraktion beinhaltet die Beantwortung des Regierungsrates alle wesentlichen Gründe, weshalb ein zusätzlicher Bericht betreffend eine Demografie-Strategie im Kanton Thurgau nicht notwendig ist. Wir unterstützen die Darstellung des Regierungsrates und sehen deshalb keine Notwendigkeit für einen zusätzlichen Bericht, auch wenn das Thema sehr wichtig ist, zumal die Erarbeitung einen erheblichen Mehraufwand auslösen würde. Natürlich gibt es verschiedene Beratungsbüros, die einen solchen Auftrag gerne in Empfang nehmen würden. Wir sind mit dem vorgesehenen Zeitplan zur Erarbeitung einer Analyse und Prognose bis Mitte 2021 einverstanden. Den Termin legen wir auf die Waagschale. Bekanntlich erhielt die Dienststelle für Statistik mit Regierungsratsbeschluss Nr. 370 vom 2. Juni 2020 den Auftrag, kleinräumige Bevölkerungsszenarien für die Jahre 2020 bis 2040 zu entwickeln. Ebenso dienen die kleinräumigen Bevölkerungsszenarien nach der Veröffentlichung den Gemeinden und allen betroffenen Verwaltungseinheiten des Kantons als Hilfestellung, auf deren Basis Prognosen und Handlungsfelder für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich erstellt werden, also auch für den Grossen Rat. Aus den dargelegten Gründen empfehlen wir, den Antrag nicht erheblich zu erklären. Wir können uns bereits heute auf die Analyse und Prognose bis Mitte 2021 freuen.

Pfiffner Müller, FDP: Ich spreche als Fraktionssprecherin der FDP. Bekanntlich verläuft die demografische Entwicklung seit einiger Zeit nicht mehr tannenförmig. Sie hat zwi-

schenzeitlich die Form eines "Döners" eingenommen. Was hier etwas lustig tönen mag, ist in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft mit Herausforderungen verbunden. Die Menschen werden immer älter und jene, die älter werden, leben immer länger. Zudem sind die Vorstellungen des Alterns individueller denn je. Ich komme nochmals zurück auf den "Döner". Schmeckt er Ihnen auch dann am besten, wenn alle dazu notwendigen Zutaten in der richtigen Menge zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung stehen? Stellen Sie sich vor, es würde die feine und nicht ganz kalorienarme Cocktailsauce fehlen. Genauso verhält es sich mit den derzeitigen Plandaten. Sie sind zwar da, aber nicht mehr frisch, und die frischen Zutaten, die jetzt folgen, sind nicht mundgerecht zugeschnitten. Da braucht es noch ein paar Arbeitsschritte in der Küche. Wie man sieht, handelt es sich um einen dynamischen Prozess. Zu den Fakten: Der Bund beliefert die Kantone alle fünf Jahre auf gesamtschweizerischer und kantonaler Ebene mit Bevölkerungsszenarien. Bei uns werden kleinräumige Bevölkerungsszenarien im Jahr 2021 vorliegen. Diese decken aber nur einen Teil unserer Bedürfnisse ab. Die Nachfrage an Daten nimmt zu, Covid hat dies deutlich aufgezeigt, und es zeigt nochmals, dass es sich um einen hoch dynamischen Prozess handelt. Ich gehe davon aus, dass diese kantonalen und kommunalen Bevölkerungsszenarien, aber auch weitere Daten durch die zuständigen Ämter laufend den heutigen Anforderungen entsprechend aufbereitet werden. Ich rechne damit, dass damit eine passende Grundlage für die Planung der staatlichen Leistungen und Einnahmen der Zukunft geschaffen wird. Sollte der dazu notwendige Blick von aussen fehlen, kann immer noch punktuell Fachwissen eingekauft werden. Wie man merkt, kann ich mich für eine Demografie-Strategie nicht wirklich erwärmen. Nicht etwa, weil ich am Instrument einer Strategie zweifle, sondern viel mehr, weil viele Daten bereits vorliegen und diese wie erwähnt einem dynamischen Prozess unterliegen. Eine Demografie-Strategie ist hingegen eine statische Darstellung mit Datum X. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Daten gut koordiniert, sinnvoll aufbereitet und mit längerfristigen Prognosen versehen werden. Ich traue es unserem Regierungsrat zu, dass er diese wichtige Aufgabe in diesem zentralen Thema weiterhin fokussiert wahrnimmt und die Umsetzung der erteilten Aufträge zügig realisiert. Genau deshalb möchte gerne auf vier Punkte eingehen, die mir in der Beantwortung des Regierungsrates aufgefallen sind: Selbstkritisch betont der Regierungsrat, dass die demografische Entwicklung zwar in allen strategischen Dokumenten berücksichtigt wurde. In der ämterübergreifenden Zusammenarbeit sieht er aber noch Potenzial. Hier fehlen mir konkrete Anhaltspunkte, wie die Silos aufgebrochen werden können. Was nützen uns gute Plandaten, wenn die Ämter untereinander zu wenig kommunizieren? In die Erarbeitung der Szenarien werden zudem zahlreiche Dienststellen eingebunden. Weshalb fehlt die Sozialversicherungsanstalt in der Aufzählung? Der Bund und die Kantone stellen weiter fest, dass die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen eine Herausforderung darstellen. Auch hier stelle ich die Frage, wie der Regierungsrat gedenkt, vorzugehen. Auch die Gemeinden haben einen wichtigen Versorgungsauftrag in der Betreuung und Pflege älterer Men-

schen. Ziel muss es daher sein, für die Gemeinden gute Prognosezahlen bis mindestens ins Jahr 2040 zur Verfügung zu stellen. Die FDP-Fraktion teilt die Auffassung der Antragstellerin, dass gute Plandaten mit weitreichenden Prognosen wichtig sind. Eine frühzeitige Reaktion auf die demografische Entwicklung ist für die Zukunftsfähigkeit des Kantons zentral. Die FDP-Fraktion macht sich aber mehrheitlich dafür stark, den Antrag nicht erheblich zu erklären, da die Erstellung einer Demografie-Strategie doch mit beträchtlichem Aufwand verbunden ist und die Daten zum Zeitpunkt X abbildet. Wir sind der Auffassung, dass genügend Berichte und Daten vorliegen, diese aber den aktuellen Anforderungen angepasst werden müssen. Wir knüpfen daran Erwartungen und fordern den Regierungsrat auf, die ämterübergreifende Zusammenarbeit, Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen sowie weitreichende Plandaten für die Gemeinden in einem verbindlichen Fahrplan und mit hoher Priorität zu bearbeiten.

Mathis Müller, GP: Die Auseinandersetzung mit der Demografie der Bevölkerung, also der Zusammensetzung der Altersklassen und deren Entwicklung in der Zukunft, ist für viele Fragestellungen der Volkswirtschaft, unter anderem der Bildungspolitik, der Wirtschaft und dem Rentenalter entscheidend. Ebenfalls von grosser Bedeutung ist deren Analyse, beispielsweise auch bezüglich der ausländischen Bevölkerungsgruppe, in der Schweiz wie im Thurgau, auch jener Ausländer, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. So können frühzeitig Integrationsmassnahmen geplant werden. Dies ist nur ein Beispiel für die Bedeutung einer Demografie-Strategie des Kantons. Die Dienststelle für Statistik des Kantons Thurgau wie auch das Bundesamt für Statistik weisen sehr detaillierte Darstellungen und Abhandlungen zur Demografie auf. Insbesondere die in der Beantwortung des Regierungsrates angegebenen Berichte, die fünfjährigen Bevölkerungsszenarien des Bundes und die abgeleiteten Berichte 2012 und 2017 der regionalen Entwicklung der Demografie des Kantons überzeugen. Mit Ausnahme der bereichsübergreifenden Auswirkungen sind kaum Lücken vorhanden. Der diesbezüglichen Zusammenarbeit zwischen den Departementen soll vermehrt Beachtung geschenkt werden. Dies soll im nächsten Jahr in einem erweiterten Bericht über die Demografie der kleinräumigen Bevölkerungsszenarien für den Kanton Thurgau und seiner Regionen oder sogar Gemeinden berücksichtigt werden. Die Grüne Fraktion dankt der Antragstellerin für ihre berechnigte Anfrage sowie dem Regierungsrat für die unserer Meinung nach genügend detaillierte Beantwortung des Vorstosses. Die grosse Mehrheit der Grünen Fraktion wird den vorliegenden Antrag deshalb nicht erheblich erklären.

Regierungsrat **Martin:** Der Regierungsrat dankt für die spannende Diskussion. Es ist wertvoll, sich dem Thema vertieft anzunehmen. Der Bund hat entgegen des Wortlautes des Antrages keine eigentliche Demografie-Strategie. Er verfügt über einen Demografiebericht, welcher auf ein Postulat aus dem Jahr 2013 zurückgeht. Der Bundesrat hat die Demografie-Strategie abgelehnt und stattdessen auf einen demografischen Bericht in

den Bundesämtern verwiesen. Die Antragstellerin hat auf den Kanton Schaffhausen hingewiesen. Die Demografie-Strategie des Kantons Schaffhausen liegt mir vor. Darin ist sehr viel generisch. Es stellt sich die Frage, welches das Produkt sein soll, wenn man den Antrag erheblich erklärt. Soll es eine Abschrift der Schaffhauser Strategie sein, in welcher man Schaffhausen durch Thurgau ersetzt und geringfügige Anpassungen vornimmt? Dann wäre es nichts Ernsthaftes. Oder bräuchte es wirklich eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Materie? Meines Erachtens ist dies die Idee der Antragstellerin. Damit wären aber gewaltige Ressourcen verbunden. Ich erinnere daran, dass die Dienststelle für Statistik, welche nicht in meinem Departement, sondern in der Staatskanzlei angesiedelt ist, bereits heute sehr viel sehr gut und sehr gründlich macht. Ich bitte die Ratsmitglieder, einmal die Statistiken zur Bewältigung der COVID-19 anzuschauen. Es werden wöchentlich Berichte verfasst, die sehr detailliert und transparent sind und sehr gründlich erarbeitet werden. Der Aufwand dafür ist gross. Wenn der Bericht gewünscht wird, werden wir diesen erstellen, mit der Konsequenz, dass dies entweder mit hohen Beratungshonoraren, wie dies Kantonsrat Martin Salvisberg erwähnt hat, oder aber mit neuen Stellen verbunden wäre. Ich bin mir nicht sicher, ob dies der Grosse Rat gutheissen würde. Man kann keine Berichte verlangen, ohne die entsprechenden Ressourcen zu sprechen. Der erwähnte "Döner" ist in der ganzen Schweiz ersichtlich. Wie Kantonsrätin Martina Pfiffner Müller zu recht ausgeführt hat, würde ein solcher Antrag ein statisches und nicht dynamisches Produkt darstellen. Die Dienststelle für Statistik achtet darauf, jederzeit aktuell und transparent zu sein und die aktuellen Daten auch dynamisch weiterzuentwickeln. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass die Strategie der digitalen Verwaltung vorangetrieben werden müsse. Der Regierungsrat hat diese Notwendigkeit erkannt. Ich kann mitteilen, dass die Strategie der Öffentlichkeit im Rahmen der Medienkonferenz über das Budget in zwei Wochen vorgestellt werden wird. Der Regierungsrat hat auch hier den Handlungsbedarf erkannt. Ich bin ein Mann und keine Frau. Nichtsdestotrotz kann man mir nicht mangelnden Einsatz vorwerfen. Schliesslich habe ich den Antrag mitunterzeichnet. Bei genauem Studium habe ich aber festgestellt, dass es nicht so einfach ist, hier eine befriedigende Lösung zu finden. Umso mehr, weil der Regierungsrat bereits im Juni einen Bericht über die kleinräumigen Bevölkerungsszenarien in Auftrag gegeben hat, in welchem sehr viele relevante Ämter involviert sind. Der Regierungsrat empfiehlt daher, vorerst nichts zu unternehmen, zuzuwarten und die sehr gründlich erstellte Arbeit der Dienststelle für Statistik zu begutachten. Es ist derzeit nicht angezeigt, Berichte auf Vorrat zu produzieren. Namens des Regierungsrates bitte ich den Grossen Rat, den Antrag nicht erheblich zu erklären.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Der Antrag wird mit 82:34 Stimmen nicht erheblich erklärt.